

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0167/2022/IV

Datum:
04.10.2022

Federführung:
Dezernat II, Stadtplanungsamt

Beteiligung:

Betreff:

Flächen entsiegeln und begrünen

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 14. November 2022

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Stadtentwicklungs- und Bauausschuss	18.10.2022	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	10.11.2022	Ö	() ja () nein () ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss und der Gemeinderat nehmen den Arbeitsstand zum Antrag Drucksachennummer 0036/2022/AN „Flächen entsiegeln und begrünen“ zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
• keine	
Einnahmen:	
• keine	
Finanzierung:	
• keine	
Folgekosten:	
• Kosten für die noch zu entwickelnden Maßnahmen sind derzeit nicht genau bezifferbar und müssen projektbezogen berechnet werden.	

Zusammenfassung der Begründung:

Im Sinne der doppelten Innenentwicklung verfolgt die Stadt Heidelberg seit Jahren das Ziel Flächen zu entsiegeln und zu begrünen. Es gilt eine Kombination klimagerechter Maßnahmen zu finden, die auf die jeweilige städtische Situation zugeschnitten ist. Im Juni 2022 wurde nach Besetzung von zwei Personalstellen eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, welche mögliche Flächen – auch kleinräumig – identifiziert und die Umsetzbarkeit von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel prüft und initiiert.

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses vom 18.10.2022

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses vom 18.10.2022

3.1 Flächen entsiegeln und begrünen Informationsvorlage 0167/2022/IV

Bürgermeister Schmidt-Lamontain eröffnet den Tagesordnungspunkt und fragt nach Wortmeldungen.

Stadträtin Dr. Röper meldet sich zu Wort, um den gemeinsamen **Antrag** der Gemeinderatsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 18.10.2022 (Anlage 02 zur Drucksache 0167/2022/IV) einzubringen:

Die identifizierten und vorgestellten Flächen sind ein guter Anfang. Wir beantragen daher, dass

- bis zum nächsten Haushalt konkrete Planungen und Maßnahmen inklusive Umsetzungskosten für Flächen, die entsiegelt und begrünt werden können, vorgestellt und beraten werden.
- kurzfristig erste geeignete Flächen bereits aufgewertet und tote Bäume durch neue Bäume an den genannten Stellen ersetzt werden. Hierfür stehen finanzielle Mittel aus dem Entsiegelungsprogramm: (Mittel für Entsiegelungsmaßnahmen im Stadtgebiet, Haushaltsantrag Nr. 112) und personelle Ressourcen für die Planung von Stadtbegrünung (Landschaftsamt zusätzliche Planerin / zusätzlicher Planer, Haushaltsantrag Nr. 112) zur Verfügung.
- andere Stadtteile Schritt für Schritt anhand einer konkreten Zeitachse in ein Gesamtkonzept einbezogen werden.

In der nachfolgenden Beratung melden sich zu Wort:

Stadtrat Wetzel, Stadträtin Prof. Dr. Schuster, Stadträtin Dr. Schenk, Stadträtin Dr. Röper, Stadträtin Stolz, Stadträtin Dr. Nipp-Stolzenburg

Es werden im Wesentlichen folgende Punkte angesprochen:

- Um eine baldige Realisierung von Maßnahmen unterstützen zu können, würden Informationen für den nächsten Haushalt benötigt. Es werde eine Systematik gewünscht, wann die anderen Stadtteile folgen. Ein Zeitplan sei erforderlich. In einigen vorgestellten Bereichen müsste eigentlich sofort etwas möglich sein.
- Die Vorlage habe deutlich gemacht, dass vor allem in Bergheim ein großer Neubeplantzungsrückstau bestehe. Eine Nachpflanzung sei in der Regel ohne größeren Aufwand möglich.

- Derzeit könne das Landschafts- und Forstamt diese zusätzliche Aufgabe nicht bewältigen, da es nicht vollständig besetzt und dazu hohen Belastungen ausgesetzt sei. Man schlage vor, das Thema in die Haushaltsstrukturkommission mitzunehmen und dort nicht nur einen Mittelansatz, sondern auch zusätzliche Stellen für den Stellenplan einzubringen. Eine Umsetzung sei letztlich auch davon abhängig, ob Stellen besetzt werden könnten.
- Die Vorlage führe unterschiedliche Themen auf. Man wünsche sich, auch innerhalb dieser Vorlage eine Priorisierung durchzuführen und zu einer Struktur zu kommen. Dabei seien Maßnahmen zu bevorzugen, die sowohl planerisch, finanziell sowie personell zügig umsetzbar seien. Hier bitte man um konstruktive Vorschläge von Seiten der Verwaltung.
- Man erwarte bis zur Haushaltsberatung keine vollständige Stadtteilbegehung einschließlich vollständiger Kalkulation. Man wünsche sich aber eine realistische Kostenschätzung, um im kommenden Haushalt einen Spielraum für erste Maßnahmen zu ermöglichen.
- Durch den Bebauungsplan Bahnhofstraße sei 5.000 qm öffentliche Fläche privatisiert worden, sowohl Straßenflächen, als auch die Fläche des Busbahnhofs. Nicht bilanziert seien ehemals begrünte Flächen auf den Baufeldern. Dies solle durch eine Entsiegelung der noch nicht zur Bebauung anstehenden Dreiecksfläche an der Bahnhofstraße hinter dem Hotelgebäude ausgeglichen werden. Ebenfalls denkbar sei die Entsiegelung eines Teils der Bahnhofstraße zwischen Goethestraße und Häusserstraße.
- Intention sei ein kostenabdeckender Haushaltsansatz für Sachaufwand und Personal beim Landschafts- und Forstamt zur Umsetzung von Maßnahmen. Daher schlage man einen Arbeitsauftrag vor, der aufzeige, was der Gemeinderat im Haushalt sehen wolle. Kurzfristige Maßnahmen werden begrüßt, wenn dies leistbar sei. Spiegelstrich drei solle Gegenstand der Haushaltsgespräche sein.
- Ziel sei die Berücksichtigung im Haushaltsentwurf und prioritär schnell und kostengünstig umsetzbare Maßnahmen. Die Planungen könnten zu den Haushaltsberatungen für den übernächsten Haushaltsentwurf erfolgen, um eine gute Grundlage für die zukünftigen Haushaltsansätze bilden zu können.

Bürgermeister Schmidt-Lamontain bestätigt, dass Nachpflanzungen einfacher als neue Planungen seien, das könne punktuell erfolgen. Das Landschafts- und Forstamt leide derzeit aber unter enormem Arbeitsrückstau, da im Sommer die Einsätze prioritär auf das Gießen ausgerichtet gewesen seien. Erst jetzt könne das Amt mit dem Pflanzenrückschnitt beginnen. Zudem sei der Planungsaufwand bei dieser Thematik nicht zu unterschätzen. Die Vorlage stelle erst den Analyseteil des Planungsaufwandes dar.

Frau Friedrich, Leiterin des Stadtplanungsamtes, begrüßt die Initiative. Zunächst habe man mit besonders überhitzten Stadtteilen begonnen. Der Gemeinderat habe bereits durch einen vorangegangenen Antrag eine Strukturierung und Priorisierung der Stadtteilentsiegelung angeregt. Diesem folge man mit der Vorlage und richte danach auch das zukünftige Vorgehen aus. Den zweiten Spiegelstrich des Antrags, die kurzfristige Aufwertung und Neubepflanzung von geeigneten Flächen könne sicher zügig in Angriff genommen werden. Konkrete, mit Kosten hinterlegte Planungen und Maßnahmen bis zu den nächsten Haushaltsgesprächen sei allerdings nicht ohne weiteres leistbar. Im Stadtgebiet bestünden große Lücken. Die Komplexität sei unterschiedlich. Sie halte daher den Weg über die Haushaltsstrukturkommission für den praktikablen. Vielleicht könnten Beispielberechnungen für jeweils einen einfachen sowie einen komplizierteren Fall der Entsiegelung für die Haushaltsberatungen hilfreich sein.

Bürgermeister Schmidt-Lamontain regt an, den ersten Spiegelstrich des Antrags dahingehend zu modifizieren, dass bis zur nächsten Haushaltsplanberatung anhand von komplexen und weniger komplexen Beispielen aus Bergheim Kosten und Personalabschätzungen vorgenommen werden sollen. Die jeweiligen Antragspunkte würden inhaltlich von unterschiedlichen Ämtern erarbeitet. Es gebe jeweils eine neue Stelle im Stadtplanungsamt sowie dem Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie, thematisch unter dem Oberbegriff Klimawandelanpassung. Dazu gehöre die Aufgabe, vorbereitende Untersuchungen zu erstellen und Potenziale zu identifizieren. Dies schließe auch die Aufgabenstellung des dritten Antragsspiegelstriches mit ein. Die konkrete Planung und Realisierung, auch kurzfristige Maßnahmen, sei Aufgabe des Landschafts- und Forstamtes. Dieses müsse finanziell und personell dafür ausgestattet werden.

Zur Bildung eines konkreten Haushaltsansatzes, erläutert Bürgermeister Schmidt-Lamontain, sei es schwierig, konkrete Kostenansätze im Haushaltsplan zu hinterlegen, da dafür die Planung bereits weitergeführt sein müsse. Im Verlauf der Diskussion schlägt er vor, den ersten Spiegelstrich **des Antrages wie folgt zu fassen: „Im Haushaltsplanentwurf der Stadt sollen Flächen und Mittel zur Umsetzung der Flächenentsiegelungspotenziale abgebildet werden.“**

Stadträtin Prof. Dr. Schuster stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**

Die Spiegelstriche 1 und 2 sollen gemeinsam, sowie Spiegelstrich 3 des Antrags davon getrennt abgestimmt werden.

Zur Erläuterung führt Stadträtin Prof. Dr. Schuster an, dass man die konkrete Zeitachse besser im Rahmen der Haushaltsgespräche mit den Einzelämtern besprechen könne. Sie empfehle, die Planung für das städtische Gesamtkonzept so nah wie möglich an die Umsetzung zu bringen, um durch Zeitverluste dazwischen eventuelle notwendige Umplanungen zu vermeiden.

Es erfolgt keine Gegenrede aus dem Gremium.

Zum Vorschlag der Modifizierung erfolgt aus dem Gremium Zustimmung. Bürgermeister Schmidt-Lamontain stellt daraufhin die ersten beiden Punkte des **modifizierten gemeinsamen Antrags** zur Abstimmung (Modifizierung fett dargestellt):

Wir beantragen daher, dass

- **im Haushaltsplanentwurf der Stadt Flächen und Mittel zur Umsetzung der Flächenentsiegelungspotenziale abgebildet werden sollen.**
- kurzfristig erste geeignete Flächen bereits aufgewertet und tote Bäume durch neue Bäume an den genannten Stellen ersetzt werden. Hierfür stehen finanzielle Mittel aus dem Entsiegelungsprogramm: (Mittel für Entsiegelungsmaßnahmen im Stadtgebiet, Haushaltsantrag Nr. 112) und personelle Ressourcen für die Planung von Stadtbegrünung (Landschaftsamt zusätzliche Planerin / zusätzlicher Planer, Haushaltsantrag Nr. 112) zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Im Anschluss lässt Bürgermeister Schmidt-Lamontain über den letzten Punkt des **gemeinsamen Antrags** abstimmen:

Wir beantragen daher, dass

- andere Stadtteile Schritt für Schritt anhand einer konkreten Zeitachse in ein Gesamtkonzept einbezogen werden.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 07:00:03 Stimmen

Beschlussempfehlung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses: (Ergänzungen sind in fett gehalten)

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss nimmt den Arbeitsstand zum Antrag Drucksachennummer 0036/2022/AN „Flächen entsiegeln und begrünen“ zur Kenntnis.

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschluss

- ***Im Haushaltsplanentwurf der Stadt sollen Flächen und Mittel zur Umsetzung der Flächenentsiegelungspotenziale abgebildet werden.***
- ***Kurzfristig sollen erste geeignete Flächen bereits aufgewertet und tote Bäume durch neue Bäume an den genannten Stellen ersetzt werden. Hierfür stehen finanzielle Mittel aus dem Entsiegelungsprogramm: (Mittel für Entsiegelungsmaßnahmen im Stadtgebiet, Haushaltsantrag Nr. 112) und personelle Ressourcen für die Planung von Stadtbe-grünung (Landschaftsamt zusätzliche Planerin / zusätzlicher Planer, Haushaltsantrag Nr. 112) zur Verfügung.***
- ***Andere Stadtteile sollen Schritt für Schritt anhand einer konkreten Zeitachse in ein Gesamtkonzept einbezogen werden.***

gezeichnet
Raoul Schmidt-Lamontain
Bürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Beschlussempfehlung

Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

22.1 Flächen entsiegeln und begrünen Informationsvorlage 0167/2022/IV

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner weist auf das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses vom 18.10.2022 hin.

Stadträtin Dr. Röper geht auf den dort festgehaltenen Auftrag ein, kurzfristig erste geeignete Stellen aufzuwerten und tote Bäume durch neue Bäume zu ersetzen. Sie bittet, bis zum kommenden Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität mitzuteilen, was im Jahr 2022 noch realisierbar sei.

Stadträtin Stolz appelliert an die Mitglieder des Gemeinderates, bei künftigen Bebauungen / Bebauungsplänen sorgfältig hinzuschauen, ob Versiegelungen wirklich notwendig seien und ob alte Bäume nicht erhalten werden könnten.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner geht auf die Bitte von Stadträtin Dr. Röper ein. Da der nächste Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität bereits in der kommenden Woche (am 16.11.2022) tagt, sei dort eine Vorlage nicht machbar. Er sagt zu, die Information, was kurzfristig realisierbar sei, zum nächst möglichen Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität vorzulegen.

Da es keinen weiteren Aussprachebedarf gibt, hält Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner fest, dass die Empfehlungen aus dem Stadtentwicklungs- und Bauausschuss vom 18.10.2022 einschließlich der heutigen Zusage als Arbeitsaufträge mitgenommen werden.

Zusammenfassung der Information (Arbeitsaufträge **fett dargestellt):**

Der Gemeinderat nimmt den Arbeitsstand zum Antrag Drucksachennummer 0036/2022/AN „Flächen entsiegeln und begrünen“ zur Kenntnis.

Es ergehen folgende Arbeitsaufträge:

- ***Im Haushaltsplanentwurf der Stadt sollen Flächen und Mittel zur Umsetzung der Flächenentsiegelungspotenziale abgebildet werden.***
- ***Kurzfristig sollen erste geeignete Flächen bereits aufgewertet und tote Bäume durch neue Bäume an den genannten Stellen ersetzt werden. Hierfür stehen finanzielle Mittel aus dem Entsiegelungsprogramm: (Mittel für Entsiegelungsmaßnahmen im Stadtgebiet, Haushaltsantrag Nr. 112) und personelle Ressourcen für die Planung von Stadtbe-grünung (Landschaftsamt zusätzliche Planerin / zusätzlicher Planer, Haushaltsantrag Nr. 112) zur Verfügung.***

- *Eine Information, was kurzfristig realisierbar ist, soll zum nächst möglichen Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität vorgelegt werden.*
- *Andere Stadtteile sollen Schritt für Schritt anhand einer konkreten Zeitachse in ein Gesamtkonzept einbezogen werden.*

gezeichnet
Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Begründung:

Die Informationsvorlage beantwortet den Antrag 0036/2022/AN „Flächen entsiegeln und begrünen“ der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen sowie DIE LINKE.

1. Bisherige Planungen und Projekte

Im Sinne der doppelten Innenentwicklung verfolgt die Stadt seit Jahren das Ziel Flächen zu entsiegeln und zu begrünen. Bei Neuplanungen auf Konversionsflächen wurde und wird das Thema der Entsiegelung und Begrünung vorangetrieben: Auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs – einer Schotterfläche ohne nennenswerte Vegetationsstrukturen und klimaökologische Bedeutung – wurden Grünflächen geschaffen. Der öffentliche Raum der Bahnstadt macht 40% der Gesamtfläche des Stadtteils aus. Hierzu zählen 22% für in der Regel als Baumalleen ausgebildete Erschließungsflächen einschließlich Verkehrsgrün, 14% öffentliche Grün- und Freiflächen sowie 4% teilbegrünte Plätze (Stand 05/2022). Hinzu kommen private begrünte Innenhöfe und Freiflächen. Bis heute wurden circa 72.000m² Dächer begrünt und 1.193 klimarobuste Bäume gepflanzt. 2022 hat die Bahnstadt mit dem neuen Klimawäldchen nahe der Feuerwache über 70 weitere Bäume erhalten. Auf dem Gelände des Hospitals werden gemäß städtebaulichem Konzept Parkplatzflächen entsiegelt und der ehemalige Hubschrauberlandeplatz in einen Park umgestaltet. Anstelle von versiegelten Flächen wurden wassergebundene, versickerungsfähige Beläge verwendet. Die Verkehrsflächen wurden auf eine Mindestbreite reduziert, um ein autofreies Quartier zu schaffen. Am ehemaligen Checkpoint in der Südstadt entstand auf bisher versiegelten Flächen ein Teil des „Anderen Parks“, ebenso wurden versiegelte Flächen in wassergebundenem Belag hergestellt wie der Marlene-Dietrich-Platz, um den Paradeplatz sowie in der Rheinstraße. Der Paradeplatz hat Wiesenflächen und Bäume dazu bekommen. In der Südstadt wurden Bestandsbäume in die städtebauliche Konzeption eingebunden und durch Neupflanzungen ergänzt. Im Heidelberg-Innovation-Park (HIP) werden bestehende Grünflächen erhalten und weiterentwickelt sowie vollversiegelte Flächen des ehemaligen „Motorpools“ der US-Armee begrünt. Seit Jahren hat die Stadt Heidelberg getrennte Abwassergebühren, welche nach Versiegelungsgrad der Grundstücke unterscheiden und somit weniger versiegelte Grundstücke finanziell geringer belasten (siehe § 26 Abwassersatzung). Neben den kommunalen Förderprogrammen setzt dies Anreize für mehr Entsiegelung und Begrünung – auch auf privaten Grundstücken. Beispielsweise seien einige noch in Planung befindliche Projekte genannt, in denen Entsiegelung und Begrünung ein wichtiges Ziel ist: Im Rahmen des Umbaus der Dossenheimer Landstraße werden durch einen veränderten Straßenquerschnitt Baumpflanzungen berücksichtigt. Es soll im Rahmen des barrierefreien Ausbaus von Haltestellen in der Bergheimer Straße untersucht werden, ob es technisch machbar ist, den lückenhaften Baumbestand bis zum Gneisenaupark zu schließen. Derzeit gibt es Überlegungen zu einer freiraumplanerischen Ideenstudie, wie und in welchem Umfang die Blücherstraße im Stadtteil Bergheim entsiegelt werden kann, um eine Grünvernetzung zwischen dem geplanten Emil-Maier-Park und der Ochsenkopfwiese herzustellen.

Bereits vor der Realisierung des neuen Betriebshofs sollen im Rahmen des Innenstadtprogramms „Mut zur Innenstadt“ temporäre, klimagerechte Maßnahmen im Vorgriff auf den späteren Park realisiert werden. Im Rahmen eines zweiphasigen Realisierungswettbewerbs zur Kurfürsten-Anlage auf dem bisherigen Areal von Volksbank und Sparkasse wird auch freiraumplanerisch die bisherige Parkplatzfläche an der Poststraße neu gedacht. Auf dem Bismarckplatz ist vorgesehen, durch den Bau von Hochbeeten den Grünflächenanteil zu erhöhen. Um der Aufheizung dieses zentralen Platzes entgegenzuwirken, ist punktuell die Ergänzung der vorhandenen Baumstandorte durch Neupflanzungen angedacht. Der Alfons-Beil-Platz ist derzeit ein teilversiegelter Parkplatz mit großem Baumbestand. Ziele sind: Reduzierung des ruhenden Verkehrs, umfangreiche Entsiegelung, mehr Aufenthaltsqualität, bessere Vorsorge in Starkregensituationen, Verbesserung der Standortbedingungen für Bäume. Der zukünftige Fritz-Bauer-Platz wird mehr Grün im öffentlichen Raum platzieren. Pflanzinseln, Wasserelemente und Baumhaine tragen ebenso zur klimaangepassten Gestaltung bei wie das Vegetationsband an der Kurfürsten-Anlage. Die Bestandsbäume werden erhalten und Fassadenbegrünung von Beginn an mitgedacht. Im Bereich um den Netto im Sanierungsgebiet Rohrbach-Hasenleiser soll die hohe Versiegelung reduziert und eine grüne Achse geschaffen werden.

2. Zukünftige Planungen und Projekte

Neben den großflächigen Betrachtungen auf den Konversionsflächen wird ein Fokus der Maßnahmenumsetzungen auch auf kleinere Flächen gelegt, um in allen Stadtteilen Heidelbergs Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung umsetzen zu können. Die Schaffung von Pocket-Parks, Verschattung im öffentlichen Raum, Entsiegelung, Dach- und Fassadenbegrünung sowie die Vernetzung von Grünflächen sind wichtige Ziele. Eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe wird mögliche Flächen identifizieren und die Maßnahmen initiieren. Zur Priorisierung wird zunächst der Schwerpunkt auf die mikroklimatisch stark belasteten zentralen Stadtteile Bergheim, Weststadt, Rohrbach und Altstadt gelegt. Aktuell werden Orte identifiziert, die durch unterschiedliche Klimaanpassungsmaßnahmen für eine schnelle mikroklimatische Verbesserung und eine Erhöhung der Aufenthaltsqualität in Betracht kommen. So werden leerstehende Baumquartiere geprüft, ob trotz der zahlreichen Restriktionen an Flächen im urbanen Raum (wie Verkehrssicherheit, Versorgungsleitungen) eine Bepflanzung möglich ist. Überdimensionierte Straßenquerschnitte und nicht mehr benötigte Verkehrsflächen könnten begrünt werden (siehe Anlage 01). Es gilt eine Kombination klimagerechter Maßnahmen zu finden, die auf die jeweilige städtische Situation zugeschnitten ist. Weitere Maßnahmen wie Dach- und Fassadenbegrünungen finden projektbezogen in allen Stadtteilen Heidelbergs in den baulichen Entwicklungen Beachtung. Über den kommunalen Fördertopf „Nachhaltiges Wassermanagement“ können Maßnahmen wie Dachbegrünungen oder Entsiegelungen gefördert werden. Weitere Fördermöglichkeiten und Beratungsangebote sollen im Rahmen des Förderprogramms „Urbanes Grün“ angeboten werden.

Die genauen Kosten für die noch zu entwickelnden und konkretisierenden Maßnahmen sind derzeit noch nicht bezifferbar und müssen projektbezogen berechnet werden. Am Beispiel der Bergheimer Straße ist pro Baumstandort (Vorbereitung, Leitungsschutz, Pflanzung) mit Kosten von bis zu 15.000 € zu rechnen.

Je nach Standort, Ausgestaltung und möglicher Pflegeintensität kann derzeit mit Kosten zwischen 50-90€ pro m² für Grünflächen gerechnet werden. Diese Kosten enthalten auch die Fertigstellungs- und Entwicklungspflege. Diese Kosten enthalten nicht das vorherige Rückbauen und entsorgen von vorhandenem Boden, Oberflächenbefestigungen oder Entsiegelungsmaßnahmen sowie den Neubau von Einfassungen etc.

Beteiligung des Beirates von Menschen mit Behinderungen

Der Beirat von Menschen mit Behinderungen ist in den umsetzungsrelevanten Planungen und Verfahren zu beteiligen.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes /der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt	Ziel/e:
SL 6	+	Flächenverbrauch senken, Flächen effektiv nutzen
SL 8	+	Groß- und kleinräumige Freiflächen erhalten und entwickeln
SL 9	+	Bewahrung des Charakters als Stadt im Grünen
SL 11	+	Straßen und Plätze als Lebensraum zurückgewinnen, Aufenthaltsqualität verbessern
UM 4	+	Klima- und Immissionsschutz vorantreiben
		Begründung: Klimawandel-Anpassungsmaßnahmen zur Minderung der Hitzebelastung (insbesondere durch Begrünung) erhöhen die Wohn- und Aufenthaltsqualität, tragen zur CO2-Speicherung bei und prägen das Stadtbild positiv.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

gezeichnet
Jürgen Odszuck

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Fotomaterial – Beispiele für Begrünungspotentiale im Stadtteil Bergheim
02	Gemeinsamer Sachantrag Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE (Tischvorlage in der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses vom 18.10.2022)